

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Blätter 20 Pf.  
Bemerkungen: Geschäftsstelle Nr. 21 256, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum im Ankündigungs-  
teil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,  
unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Belehnungsbücher der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanten auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Überleitung (und preßgeleglichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 81

Sonnabend, 9. April

1921

Eine deutsche Note über die ober-  
schlesische Frage.

Berlin, 7. April. Die deutsche Regierung hat den Regierungen des Verbands und der interalliierten Kommission in Oppeln eine Note in der oberschlesischen Frage übergeben.

Sie weist in dieser Frage darauf hin, daß in der Abstimmung vom 20. März das oberschlesische Land sich mit zwei Dritteln Mehrheit seiner Einwohner und mit der überwiegenden Mehrheit seiner Gemeinden dafür entschieden hat, beim Deutschen Reich zu bleiben.

Das Ergebnis der Abstimmung sei um so bemerkenswerter, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen Umständen und Bedingungen sie stattgefunden hat.

So seien durch das Wahlreglement alle erst seit 1904 in Oberschlesien ansässigen Personen ihres Stimmrechts beraubt worden, und weiterhin müsse herangehoben werden, mit welchen Mitteln die polnische Propaganda auf die Bevölkerung eingewirkt hat.

Weiter war in dem Memorandum darauf hingewiesen, daß einflußreiche Unternehmensgruppen

mit der Verwertung von Material und mit Aufraumungsarbeiten beschäftigt seien und die Abwendung ihrer Aufgaben in keiner Weise beschleunigten.

Hierzu mag auf die im „Antiradicalismus“

neulich wiedergegebenen Äußerungen des Ministers

Loubet verwiesen werden, in denen dieser selbst

die schweren Misstände hervorgehoben hat, die durch Spekulationsläufe in den zerstörten Ge-

bieten unter Vernachlässigung des Wieder-

baus entstanden sind. Loubet hat unter

anderem folgendes gesagt: Man kaufte eine Farm

für 12 000 Franken, welche 80 000 Franken für

Kriegsschäden einstand. Dieses Vachtgut wird dann

verkauft und dient zu nichts mehr, in keiner Weise,

denn es macht den Boden Frankreichs nicht pro-

duktiv. Man kauft für 100 000 Franken eine

Fabrik, die eine Million erhalten hat. Man be-

gnügt sich damit, die Kriegsschäden zu diskutieren

und die Fabriken zu schließen. Endlich war in

dem Memorandum hervorgehoben worden, daß

mächtige Kreise in Frankreich in den zerstörten

Gebieten ein außerordentlich starkes politisches

Agitationsmittel erhielten. Diese Tatsache ist

schwer zu bestreiten. Die planmäßige Organisation

von Reichen in die zerstörten Gebiete ist ein Be-

weis dafür; die Anderenkunst und ähnliches

haben seltsame Auswirkungen in dieser Beziehung ge-

zeigt. Es ist deutscherseits nicht behauptet

dass ganz Frankreich diese Art der

Agitation billigt; dass weite Kreise sie pflegen, ist

unleugbar.

Unter diesen Umständen ist die Behauptung,

Deutschland habe Frankreich weder besseres Wissen

Frankreich und das Memorandum an Amerika. Der Stand unserer Kohlenwirtschaft.

Berkennung der deutschen Absicht.

Berlin, 8. April. Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: In seiner zweiten Rede bei der Debatte über die auswärtige Politik in der französischen Kommission am 6. April hat der französische Ministerpräsident Briand über den Gehalt des dem hiesigen amerikanischen Kommissar am 21. März d. J. übergebenen Memorandums, soweit es die Wiederaufbaufrage betrifft, in bitteren Worten Beschwerde geführt. Diese Entrüstung erscheint nicht recht verständlich.

Zunächst war deutscherseits bemerkt worden, die früheren Bewohner der zerstörten Gebiete hätten sich in anderen Teilen des Landes festgesetzt. Diese Behauptung ist auch nach den Darlegungen Briands nicht ungerechtfertigt. Denn auch er gibt an, daß von den 7,4 Millionen Bewohnern der zerstörten Gebiete 3,3 Millionen auch heute noch nicht dorthin zurückgekehrt seien. Weiter war in dem Memorandum darauf hingewiesen, daß einflußreiche Unternehmensgruppen mit der Verwertung von Material und mit Aufraumungsarbeiten beschäftigt seien und die Abwendung ihrer Aufgaben in keiner Weise beschleunigten. Hierzu mag auf die im „Antiradicalismus“ neulich wiedergegebene Äußerungen des Ministers Loubet verwiesen werden, in denen dieser selbst die schweren Misstände hervorgehoben hat, die durch Spekulationsläufe in den zerstörten Ge-

bieten unter Vernachlässigung des Wiederaufbaus entstanden sind. Loubet hat unter

anderem folgendes gesagt: Man kaufte eine Farm für 12 000 Franken, welche 80 000 Franken für

Kriegsschäden einstand. Dieses Vachtgut wird dann

verkauft und dient zu nichts mehr, in keiner Weise,

denn es macht den Boden Frankreichs nicht produktiv. Man kauft für 100 000 Franken eine

Fabrik, die eine Million erhalten hat. Man be-

gnügt sich damit, die Kriegsschäden zu diskutieren

und die Fabriken zu schließen. Endlich war in

dem Memorandum hervorgehoben worden, daß

mächtige Kreise in Frankreich in den zerstörten

Gebieten ein außerordentlich starkes politisches

Agitationsmittel erhielten. Diese Tatsache ist

schwer zu bestreiten. Die planmäßige Organisation

von Reichen in die zerstörten Gebiete ist ein Be-

weis dafür; die Anderenkunst und ähnliches

haben seltsame Auswirkungen in dieser Beziehung ge-

zeigt. Es ist deutscherseits nicht behauptet

dass ganz Frankreich diese Art der

Agitation billigt; dass weite Kreise sie pflegen, ist

unleugbar.

Unter diesen Umständen ist die Behauptung,

Deutschland habe Frankreich weder besseres Wissen

die auf Güntschken polnischer und österreichischer Geologen beruht, ist dieses polnische Kohlengebiet um mehr als die Hälfte größer als der Anteil, den Oberschlesien im Steinkohlenbedarf besitzt, und enthält alle für die Industrie erforderlichen Kohlenarten. Die deutsche Regierung würde auch bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erforschung dieser im polnischen Gebiet liegenden Bodenschätze zu leisten.

Die amerikanische Note an die Mächte.

London, 8. April. Einer Timesmeldung zufolge wird aus Washington berichtet, daß die an die Mächte geänderte amerikanische Note als Vorläufer einer Einladung zu betrachten sei, die Präsident Harding für eine Konferenz in Washington zur Regelung der interalliierten Schulden, des Währungsproblems, der Reparationsfragen und der Hindernisse für den internationalen Handel Deutschlands demnächst ergehen lassen werde. Räumlich Frankreich, Japan und Italien würden erachtet werden, Sonderdelegierte zu entsenden. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Konferenz im Sommer stattfinden werde.

Die Entschließung Knopf.

Paris, 8. April. Stephan Lautzanne lobt dem „Matin“ aus Washington, daß die Ent-

schließung Knopf nicht vor Anfang Mai zur Diskussion gelangen werde. Es sei fast sicher, daß in einem neuen Paragraphen die politische Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg und die Notwendigkeit materieller und moralischer Wiedergutmachung Deutschlands betont wird.

Die amerikanische Regierung hat in dem Memorandum den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen geglaubt, zu Verhandlungen mit den Verbündeten auf einer neuen Basis zu gelangen. Diese Stellungnahme der amerikanischen Regierung wäre nicht verständlich, wenn das Memorandum tatsächlich Verhandlungen enthielte. Es handelt sich vielmehr um Tatsachen, deren Herstellung der deutschen Regierung nicht verdeckt werden kann gegenüber den mannigfachen Angriffen, die selbst von Staatsmännern des Verbands in der Wiederaufbaufrage gegen Deutschland gerichtet worden sind.

Die Politik der Aktion.

Paris, 8. April. Berliner berichtet im „Echo de Paris“ die augenblickliche Lage. Es geht aus den 1. Mai und daran hin, daß am 12. April die Reparationskommission die Diskussion beenden werde, die augenblicklich im Gange ist. Zwar werde die Festlegung der Kriegsschäden beginnen. In dieser Periode werden die Gesamtsumme der finanziellen Verpflichtungen Deutschlands sowie die Einzelheiten über die bis jetzt von Deutschland geleisteten Zahlungen festgestellt werden. Es glaubt, daß Deutschland neue Vorläufe machen werde. Es werde sich um die Vermittlung zwischen dem Kaiserreich und England und Amerika bemühen. Die französische Regierung führt von England und Amerika den stärksten Druck erwartet. Aber zwischen dem Minimum der Forderungen Frankreichs und dem, was Deutschland in seiner augenblicklichen Gewißheit verlangt zu zahlen bereit sei, klafft ein Abgrund, den Berliner für unüberwindbar hält. Aus diesem Grunde hat der Ministerpräsident klar und deutlich eine Politik der Aktion angekündigt. Sie besteht nach Berliner in der militärischen Besetzung des Ruhegebietes. Den alten Pändern werde man neue Pänder hinzuzügen, die Deutschlands wirtschaftliche Unabhängigkeit herstellen. Die Ausmerksamkeit der französischen Regierung konzentriert sich in diesem Augenblick auf militärische und wirtschaftliche Vorbereitungen, die im Sommer dieses Unternehmens sichern. „Petit Parisien“, offenbar aus denselben Quellen beinschlagt, schreibt, es sei vorzusehen, daß die hauptsächlichsten Maßnahmen, die Frankreich seinen Verbündeten vorzuschlagen werde, dieselben seien.

Unter diesen Umständen ist die Behauptung, Deutschland habe Frankreich weder besseres Wissen

Der griechisch-türkische Konflikt.

Athen, 8. April. (Meldung der Agence d'Abidjan.) Die Meldungen auswärtiger Blätter, wonach Ministerpräsident Gouva bei der italienischen Regierung Schritte unternommen habe, um eine Vermittlung im griechisch-türkischen Konflikt herbeizuführen, entbehren jeder Begründung. Griechenland ist entschlossen, den Befreiungskampf bis zu Ende durchzufechten. Es hat die Streitkräfte zu seiner Verfügung, die notwendig sind, um das angefangene Werk zum guten Ende zu führen.

Der Rücktritt des Ministers Dr. Graf.

Wien, 8. April. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Budapest meldet, hat Dr. Graf seinen Rücktritt angezeigt und in einer Unterredung mit dem Vertreter des Staates erklärt, daß sein Entschluß unabdinglich sei.

Es ist auch die mengenmäßige Erleichterung in unserer Kohlenwirtschaft nicht entfernt eine entsprechende wichtige Erleichterung geworden, weil eben die Sorten- und Qualitätsanforderungen der Verbündete gerade in den für die Gütererzeugung besonders wichtigen Sorten eher noch eine weitere Anspannung der Knappheit gebracht haben. Außerdem tritt der Ausfall infolge der Einschließung der Überschichten im Ruhevier hinzu. Einmal mehr Sicherheit wird hoffentlich in unsere Kohlenwirtschaft dadurch kommen, daß wir infolge des Abstimmung in Oberschlesien wieder das Befüllungsrecht über unser oberschlesisches Kohlenrevier erhalten. Anderseits ist noch nicht abzusehen, welche Wirkung die Durchführung der Sanktionen auf unsere Kohlenwirtschaft haben wird und wie sich die Kohlenlieferungen aus dem Friedensteck weiter halten werden. Wir werden also unsererseits unsere Kohlenverteilungsorganisation beibehalten, sie aber immerhin so gestalten müssen, daß sie möglichst elastisch ist, daß die Executive immer mehr dezentralisiert und ihre natürlichen Träger zuständig gegeben wird, sodass zu geeigneter Zeit die amtliche Bewirtschaftung der Brennstoffe selbsttätig in die freie Wirtschaft ausmündet. Durch die Veränderung der Kohlenlage hat auch die Frage der Einfuhr ausländischer Kohlen in Deutschland eine ganz andere Bedeutung gewonnen als noch vor kurzem. Während noch vor ganz kurzer Zeit die amerikanischen und englischen Kohlen in Deutschland um ein Mehrfaches teurer waren als die inländische Kohle, sind sie













